

# Ja zur Terrorbekämpfung : nein zur innenpolitischen Polizei

Autor(en): **Graf, Peter**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur**

Band (Jahr): **57 (1978)**

Heft 11

PDF erstellt am: **12.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-347583>

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

## **Ja zur Terrorbekämpfung – Nein zur innenpolitischen Polizei**

*Zum Artikel «Gefahr nur von rechts?» in Nr. 10/78 von «Profil»*

In seinem Artikel «Gefahr nur von rechts?» hat Chefredaktor Richard Lienhard unter anderem auch Stellung zur Haltung der SP Schweiz in der Frage der Bundessicherheitspolizei genommen. Er vertritt dort als Bürger ein Ja zu dieser Polizei, was sein gutes Recht ist. In einer von der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz herausgegebenen theoretischen Zeitschrift wäre allerdings eine kontradiktorische Auseinandersetzung um diesen Abstimmungsgegenstand vom 4. Dezember nützlich und notwendig gewesen. Der Parteitag und vorgängig Parteivorstand und Geschäftsleitung haben den Referendumsbeschluss gegen diese neuen Polizeikräfte mit eindeutigen Mehrheiten gefasst. Es wäre die Pflicht des Redaktors gewesen, in einem weiteren Beitrag gleichzeitig auch die Nein-Parole vertreten zu lassen, um so mehr als Richard Lienhard die Beweggründe der Partei für das Nein nicht kennt.

Da es um einen Abstimmungskampf geht, den wir gewinnen wollen und aus guten Gründen gewinnen müssen, wenn wir eine gefährliche Tendenz im Schatten der Terrorszene brechen wollen, sollen die Leser von «Profil» hier erfahren, aus welchen Gründen die Partei das Nein vertritt.

### **Für die Bekämpfung von Terror**

Die SP-Fraktion der Bundesversammlung hat geschlossen einer Polizeitruppe von 200 bis 300 Mann für die Bekämpfung des Terrorismus zugestimmt: Weil Sozialdemokraten seit eh und je die demokratische Auseinandersetzung durch Überzeugung und Diskussion vertreten haben, weil Gewalt keine politischen Fortschritte bringt.

### *Das trojanische Pferd*

Aber Bundesrat Furgler hat in seine Vorlage eine weitere Polizeitruppe von weit über 1000 Mann gepackt, die im Landesinnern unter dem Kommando der Bundesbehörden für Ruhe und Ordnung sorgen soll. Dagegen hat sich die Sozialdemokratische Opposition gerichtet. Unser Vorschlag ist deshalb nicht ein Nein zur Terrorbekämpfung, sondern eine Absage an Versuche, unsere innenpolitischen Auseinandersetzungen durch Bundespolizeikräfte zu gefährden, aus bisher gewaltarmen Konfliktlösungsformen gewaltsame Kurzschlusslösungen zu provozieren. Sowohl im Jura als auch in Kaiser-augst sind politische Lösungen deshalb gefunden worden, weil der Bundesrat auf einen massierten Einsatz von Polizeikräften verzichtet hat. Das politische Gespräch und die friedliche Demonstration haben Schlimmeres verhütet, das von grossen Polizeitruppen erfahrungsgemäss ausgelöst wird.

## **Nein, Genosse**

Richard Lienhard findet, die Parteileitung habe da eine Konzession gemacht, weil ja «immer einige Jusos um die Ecke lauern» und man «wieder gewählt werden» möchte. Nein, Genosse Lienhard. Es gibt ernsthafte Gründe, die gegen die Vorlage des Bundesrates sprechen. Dir scheinen die Überlegungen des sicher unverdächtigen Wolfgang Salewski völlig unbekannt zu sein. Salewski hat den von Dir gepriesenen Helmut Schmidt, der – wie auch ich weiss – immer gegen den Radikalenerlass war, im Entführungsfall Schleyer beraten und auch bei der Aktion «Mogadischu». Dieser Wolfgang Salewski kommt im Zusammenhang mit der Befreiungsaktion von Mogadischu zu dem Schluss, dass dieses Vorgehen langfristig die Terrorszene gestärkt habe, auch wenn der kurzfristige Erfolg nicht geschmälert werden soll.

Salewski will damit sagen: Die Art und Weise, wie die modernen Gesellschaften einer ihrer Auswirkungen, der Terrorszene, begegnet, ist auf lange Sicht ein unzulänglicher Weg, der die Probleme nur kurzfristig löst. Er postuliert: «Wir müssen zu gewaltarmen Formen der Bekämpfung von willkürlichen Gewaltanwendungen kommen.» Das heisst: Konfliktforschung, die zu Ergebnissen kommt.

## **Kein schweizerischer Terrorismus**

Zur Schweiz: Wir haben keine landeseigene Terrorszene, die ihre Ursachen in unserem politischen System, in unserer Geschichte, in unseren Verhältnissen hat. Wir haben Formen der politischen Auseinandersetzung, die dafür gesorgt haben, dass der aus Unverständnis und Rassismus ermordete Fremdarbeiter tragischer Einzelfall blieb. Unsere Bewältigung der Vergangenheit hat nicht über das Trauma von sechs Millionen ermordeter Juden zu geschehen. Mustergültig haben wir unseren Verhältnissen auch nicht in die Augen geschaut, aber wir haben nicht zu bewältigen, was Deutschland noch heute nicht verdaut hat. Der grausamste, tragischste Ausdruck dieser Nicht-Bewältigung heisst in Deutschland Terrorismus. Davon kann in der Schweiz keine Rede sein.

## **Andere Formen der politischen Auseinandersetzung**

Hingegen haben wir Demonstrationen, Sit-ins, Podiumgespräche, wir haben Initiativen und Referenden mit ihren Mobilisierungs- und Integrationswirkungen. Wir wollen die hiesigen Zustände damit nicht verherrlichen, wir wollen damit nur sagen, dass die Zustände nicht so mies sind, wie uns die Erfinder der Busipo in ihrem zweiten Teil der Vorlage weismachen wollen.

Lienhard findet auch, wir begäben uns auf gefährliches Pflaster, wenn wir bei der Polizei der föderalistischen Lösung das Wort reden. Es ist wahr, die Partei hat in der Sozialgesetzgebung und in gewissen Bereichen des Bildungswesens zentralistische Lösungen den heutigen Zuständen vor-

gezogen. Sie tut es heute und wird es aus guten Gründen auch in Zukunft so handhaben. Aber man soll nicht so naiv tun und übersehen, dass Polizei wesentlich mehr mit direkter Machtausübung zu schaffen hat als das Sozialwesen. Sozialrechte müssen zentralistisch geregelt sein, damit aus dem Föderalismus keine Ungerechtigkeiten entstehen. Eine föderalistische Polizei ist nicht weniger gefährlich, weil sie föderalistisch ist, sondern weil sie den Verhältnissen angepasster handelt als eine zentralistische. Missbräuche sind weniger möglich, weil die Polizeimacht im Kanton besser kontrolliert ist als im Bund.

Im übrigen sei daran erinnert, dass Bundespräsident Ritschard erstens seine Äusserungen seit dem 1. Mai nicht mehr wiederholt hat und zweitens den Standpunkt der Kollegialbehörde zu vertreten hat.

Zusammengefasst: Die SP Schweiz hat gute Gründe, die Sicherheitspolizei des Bundes abzulehnen, so wie sie vorgeschlagen wird. Sie tritt entschieden für eine wirksame Bekämpfung des Terrorismus ein. Dafür reichen die vorgeschlagenen 200 bis 300 Mann, zusammengesetzt aus Spezialisten der kantonalen Kontingente, aus. Weitere 1800 Polizisten für die Garantie von Ruhe und Ordnung im Innern in der Hand der Bundesregierung sind überflüssig und zudem verfassungswidrig. Diese Truppe ist den Verhältnissen, die hierzulande herrschen, überhaupt nicht angepasst. Man hat hier einen inneren Feind kreiert, den es nicht gibt. Der von Lienhard bemühte Dr. Iring Fetscher, Professor für Politikwissenschaft, hat dazu in einer noch unveröffentlichten Thesensammlung bemerkt: «Es ist übrigens ein typischer Weg konservativer (oder reaktionärer) Politiker, durch die Herausstellung äusserer (oder «innerer») Feinde eine soziale Integration der Bevölkerung anzustreben.» Wir meinen, dass die Sozialdemokratische Partei gut tat, dieser reaktionären Politik nicht noch den Segen mit einem Ja zu erteilen. Dass sie sich dabei mit den Jungsozialisten einig weiss, ist erfreulich und stärkt den Kampf gegen eine verhängnisvolle Entwicklung eines bislang eher repressionsarmen Staates Schweiz. Demokratische Konfliktaustragung ist gewaltarme Konfliktbewältigung. Dieses Postulat wird durch die Busipo in der geplanten Form unterlaufen.